

Preisangelegenheiten und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282-287. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonabend

2. Januar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftsgelände 9-5 Uhr. Verleger: Hermann-Verlag GmbH. Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282-287.

## Hindenburgs Neujahrswünsche.

### Empfänge beim Reichspräsidenten.

Am gestrigen Neujahrstage empfing der Reichspräsident die Chefs der Berliner auswärtigen diplomatischen Vertretung und die Reichsminister. Bei dieser Gelegenheit wurden die üblichen Ansprachen gehalten, die zum teil politischen Charakter trugen. Der Doge des diplomatischen Korps Nuntius Paccelli wies darauf hin, daß im Jahre 1925 die Verträge von Locarno abgeschlossen seien, von denen die Welt wartet, daß sie den fruchtbarsten Reim zu Glück und Frieden in sich tragen. Der Reichspräsident sagte in seiner Antwort u. a.:

„Mit Ihnen wünsche und ersehne ich, daß die Hoffnungen der Völker, insbesondere die Erwartungen des immer noch schwer bedrückten deutschen Volkes, nicht enttäuscht werden; mit Ihnen, Herr Nuntius, hoffe ich zu Gott, daß aus diesem im christlichen Willen zur Verständigung gelegenen Reime bald der volle und wahre Frieden hervorsprechen möge. Tief durchdrungen von der in den Herzen der Menschen lebenden Wahrheit, daß nur Gerechtigkeit, Sittlichkeit und Freiheit die Grundsteine sind, auf denen sich das Zusammenleben der Völker aufbauen und entwickeln kann, wird das deutsche Volk mit aller Kraft unermüdet weiterarbeiten an der friedlichen Wiederaufrichtung und Festigung seines eigenen nationalen Lebens wie auch an der Förderung und Sicherung des Friedens, der allein der Wirtschaft und der Kultur der Welt Fortschritt und Aufstieg bringen kann.“

Wäge das neue Jahr, über dessen Schwelle wir heute treten, unsere gemeinsamen Wünsche nach einer fortschreitenden Annäherung und Verständigung der Völker lebendige Wirklichkeit werden lassen!

Für die erschienenen Reichsminister (Reichszugler Dr. Luther war abwesend) sprach Reichswehrminister Dr. Gessler. Er erklärte:

Voller Ernst blicken wir an dieser Jahreswende auf die schweren Aufgaben, die im nächsten Jahre zu lösen sind. Zwar will es scheinen, als ob die bedeutende Fortentwicklung unserer Beziehungen zu den anderen Mächten Deutschland den Weg friedlicher Arbeit und friedlichen Wiederaufstiegs ebnen helfen wird. Auch hat die innerpolitische Befriedigung unseres Vaterlandes nicht zuletzt dank der auf Verständigung und Ausgleich der Gegensätze hinzielenden und die Achtung vor der Verfassung, Recht und Gesetz gewährleistenden Führung der Geschäfte durch Sie, Herr Reichspräsident, weitere Fortschritte gemacht. Aber es gilt jetzt, die gefährliche Krise, die unser gesamtes wirtschaftliches Leben erfaßt hat, zu beheben. Vor uns steht die gewaltige Zahl von 1.057.031 Erwerbslosen am 15. Dezember, ungerchnet die mitbetroffenen Familien, mit aller Not und Verzweiflung, die sich in einer solchen Zahl ausdrückt. Nicht, daß wir dieser Lage entmutigt gegenüberstehen; der Rückblick auf die Vergangenheit lehrt uns, daß die deutsche Spannkraft schon Gefahren überwunden hat, die eben so drohend erschienen. Wir müssen uns nur klar vor Augen halten, mit welchen

Mitteln vor allem der wirtschaftlichen Bedrängnis abzuwehren ist: Arbeit und Sparsamkeit werden es uns ermöglichen, die Grundlagen wieder zu festigen, die der verlorene Krieg erschüttert hat. Erst jetzt steht jeder einzelne Deutsche vor der Erkenntnis, wie arm unser Vaterland geworden ist. Welche Regierung auch berufen sein wird, im kommenden Jahre den Kampf gegen die wirtschaftliche Not zu führen, sie wird gezwungen sein, Arbeit und Sparsamkeit selbst zu üben und sie vom deutschen Volke zu fordern.“

In Hindenburgs Erwiderung heißt es:

„Ich wünsche und hoffe, daß unsere Volksgenossen im Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft, die alle Deutschen unloslich umfaßt, und im vorwärtstrebenden zähen Willen, der uns immer wieder in die Höhe gebracht hat, dieser Notwendigkeit sich beugen und diesen Geboten leben werden. Das wird aber nur möglich sein, wenn jeder Berufsstand und jeder Teil unseres Volkes mehr als bisher den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der anderen Stände und Teile Rechnung trägt und nicht nur den eigenen Interessen, sondern dem Gedanken des über den einzelnen stehenden Staatsganzen, der alle Glieder gleichmäßig umfassenden Volksgemeinschaft dient. Dazu gehört auch, daß alle, die beruflichen, wirtschaftlichen Belange oder politische Richtungen in Körperschaften oder Volksvertretungen zur Geltung zu bringen, dies nicht in Abschließung und Befehdung, sondern in gemeinsamer Zusammenarbeit und im Ausgleich widerstrebbender Wünsche und Meinungen zu erreichen suchen. Nur in diesem Streben, im gegenseitigen Verständnis die Verständigung zu suchen, werden wir die schweren Wolkten, die gerade jetzt über unserm Vaterlande hängen, bannen und Staat und Nation, die über allem persönlichen Vorteil stehen müssen, erhalten und stärken. Daß dieser Geist der Gemeinschaft im neuen Jahre das deutsche Volk führen und ihm nach so vielen schweren Jahren des Leidens Klärere und gesegnetere Zeiten wahren Friedens im Innern und nach außen bescheren möge, ist mein sehnlichster Wunsch und mein innigstes Hoffen!“

An den Empfang der auswärtigen Diplomaten schlossen sich die übrigen üblichen Gratulationsempfänge an. Bemerkenswert ist, wie stark der Reichspräsident auch bei dieser Gelegenheit wieder den Verständigungs- und Friedenswille Deutschlands betont, und wie sehr er auch für die innere Politik eine friedliche Note anschlägt. Vielleicht hat auch er sich schon die Frage vorgelegt, an welchen Stand die Aufforderung zum Verständnis für die Wünsche des Gegners in erster Linie zu richten ist. Es wird auch ihm wohl kaum entgangen ein, daß die Arbeiterschaft in den vergangenen Jahren ein Uebermaß von Entgegenkommen an den Tag gelegt hat und daß der Dank dafür nicht gerade sehr ermutigend gewesen ist. Auch unter der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs hat die vergiftende Verteufelungskampagne, mit der die Gegner der Arbeiterschaft alles, was republikanisch denkt, verfolgen, nicht nachgelassen. Der Reichspräsident wird nicht umhin können, noch sehr viel deutlicher zu werden.

## Wer trägt die Last?

### Arbeitslosenunterstützung wird durch Arbeiter aufgebracht

Die Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Sozialversicherung und die Zusammenstellung der Ergebnisse in der Erwerbslosenfürsorge 1924/25 weist nach, daß die Ausgaben in der Erwerbslosenfürsorge für die Zeit vom 1. Juni 1924 bis 30. Juni 1925 fast ausschließlich durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gedeckt wurden. Die Denkschrift schätzt die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge für das Kalenderjahr 1925 auf rund 230 Millionen Mark. Auch dieser Betrag wird sicher fast ausschließlich durch Beiträge aufgebracht. Daraus ergibt sich, daß von den 170 Millionen für unterstützende Erwerbslosenfürsorge, die im Reichshaushaltsplan 1924/25 bereits bewilligt waren, fast nichts diesem eigentlichen Zweck zugeführt worden ist.

Eine vorausschauende Beitragspolitik würde es ermöglichen haben, in größerem Umfang für eine Zeit wachsender Arbeitslosigkeit vorzusorgen. Das setzt allerdings eine einheitliche Beitragspolitik für das gesamte Reich voraus. Die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge stellt jedoch im Prinzip die Bemessung der Beiträge darauf ab, wie hoch der Gesamtaufwand für die Erwerbslosenfürsorge im Bezirk des einzelnen Arbeitnachweises ist. Das hat zu einem vollständigen Durcheinander in der Beitragsbemessung für die Erwerbslosenfürsorge geführt. Eine Besserung dieses unerträglichen Zustandes trat erst ein, als einzelne Länder dazu übergingen, für ihr Land eine Gefahrengemeinschaft zu errichten.

Man sollte meinen, daß die zuständigen Behörden aus diesen schlimmen Erfahrungen etwas gelernt hätten. Denn das System, die Verantwortung für eine vorausschauende Beitragspolitik auf die einzelnen Arbeitsnachweisbezirke, von denen es annähernd 1000 in Deutschland gibt, abzuwälzen, hat in dieser Zeit ungeheurer Arbeitslosigkeit einen vollständigen Zusammenbruch erlitten. Endlich sind sich alle Stellen darüber klar geworden, daß der Reichsarbeitsminister von seinem Recht, eine Reichsgefahrengemeinschaft einzuführen, das ihm die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge gibt, Gebrauch machen muß. Die Gewerkschaften haben das seit Jahr und Tag vergebens gefordert.

Dem Reichsrat liegt der Entwurf einer Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vor, der die Bildung einer Reichsgefahrengemeinschaft vorsieht. Der Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung soll in Zukunft die Höhe des Beitrages im Bruchteil des Grundlohnes einheitlich nach dem im ganzen Reichsgebiet entstehenden Aufwand der Erwerbslosenfürsorge festsetzen. Wäre man diesen Weg rechtzeitig gegangen, dann hätte besser Vorkehrungen getroffen werden können. In der zurückliegenden Periode günstiger Arbeitsmarktverhältnisse hätte sich bei verhältnismäßig geringer Beitragsbemessung eine erhebliche Reserve für diese Zeit der Not anammeln lassen. Es wäre nicht notwendig gewesen, die Beiträge mit einem Schlage auf 3 Proz. herauszufahren. Diese gewaltige Beitragserhöhung trifft natürlich in der gegenwärtigen Zeit die noch beschäftigten Arbeiter und Angestellten besonders hart.

Die geplante Reichsgefahrengemeinschaft berücksichtigt aber immer noch in unzulänglicher Weise die gemachten Erfahrungen. Bei günstigerer Arbeitsmarktlage soll auch in Zukunft eine verhältnismäßige Bemessung des Beitrages in den einzelnen Landesteilen zugelassen werden. Sobald unter bestimmten Voraussetzungen in den einzelnen Landesämtern für Arbeitsvermittlung oder in den einzelnen Arbeitsnachweisbezirken mit einem niedrigeren Beitrag auszukommen ist, soll die Festsetzung eines solchen niedrigeren Beitrages zugelassen werden. Das würde also eine Wiederholung aller Fehler der Vergangenheit sein und praktisch dazu führen, daß unter günstigeren Arbeitsmarktverhältnissen wiederum kein einheitlicher Reichsbeitrag bestehen würde und somit auch keine vorausschauende Beitragspolitik möglich wäre. Gegen diese Mängel der geplanten Verordnung muß mit aller Entschiedenheit Verwahrung eingelegt werden.

Die gleichen Mängel weist auch der Gesekentwurf über die Arbeitslosenversicherung auf. Der Ausschuss der im Entwurf vorgesehenen Landesarbeitslosentassen fehlt für seinen Kasernenbezirk nach dessen Bedarf die Beiträge fest. Da sich die Landesarbeitslosentasse mit dem Bezirk eines Landesamts für Arbeitsvermittlung decken soll, so besteht die Möglichkeit, daß die geplanten 22 Landesarbeitslosentassen 22 verschiedene Beiträge festsetzen. Doch damit sind noch nicht einmal die Möglichkeiten der verschiedenartigen Beitragsbemessung erschöpft. Der Ausschuss der Landesarbeitslosentasse kann anordnen oder zulassen, daß der Verwaltungsausschuss des öffentlichen Arbeitsnachweises die Erhebung eines geringen Beitrags beschließt. So wird gerade ein müßes Durcheinander in der Beitragsfestsetzung organisiert. Und da bei der staatlichen Verwaltungsbureaucratie der Grundsatz herrscht, eine einfache Sache so kompliziert wie irgend möglich zu machen, so sieht selbstverständlich der Gesekentwurf auch die Erhebung von Reichsausgleichszuschlägen vor, also Reichsgefahrengemeinschaftserhalt!

Der Gesekentwurf über die Arbeitslosenversicherung unterscheidet sich insofern vorteilhaft von der gegenwärtigen Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, daß er als Beitragshöchstbelastung 2 Proz. des Grundlohnes vorsieht. Es ist jedoch daran gedacht, den Aufwand an Arbeitslosenunterstützung ausschließlich durch Beiträge aufbringen zu lassen. In den Fällen, wo nach Erschöpfung der Reserven mit dem Reichs-

## Tragikomisches Gottesgnadentum.

### Ein Hohenzollernprinz wegen Liebeshandel abgesetzt.

Diesmal spielt die Geschichte in Rumänien, wo die Hohenzollern noch immer „von Gottes Gnaden“ Dynastie spielen dürfen. Dort ist jetzt der sogenannte Kronprinz, der ausnahmsweise Carol heißt, zum Thronverzicht genötigt worden, und zwar, wie in den Meldungen besonders betont wird, zum „unwiderruflichen“ Thronverzicht.

Das zu betonen ist deshalb wichtig, weil in Deutschland schon vorjüngst die Theorie vertreten wird, daß jeder Thronverzicht eines Kronprinzen bis zum Thronfolgefalle widerruflich sei. Vor allem wird das in dem bekannten reaktionären „Politischen Handwörterbuch“ von Herre im Hinblick auf den Verzicht des Herrn auf Oels hervorgehoben. Brattisch hat diese Theorie zwar keine Bedeutung, aber sie beleuchtet doch die verkehrten Gedankengänge, die in den Hirnen der Monarchisten noch immer spuken.

Beim Hohenzollern Carol von Rumänien liegen die Dinge für ein Legitimistenherz besonders verzwickelt. Der junge Mann — er zählt jetzt 32 Jahre — hat schon im September 1918 gegen die heilige Ordnung verstoßen. Das Blatt der Berliner Spießbürger, der „Lokalanzeiger“, spricht ihm sein Urteil in diesem lapidaren Satz:

Statt durch Waffentaten die Herzen seiner zukünftigen Untertanen zu erobern, verurteilte er einen Hoffstand großen Ausmaßes, indem er mit Hilfe falscher Välle und in militärischer Unbotmäßigkeit im September 1918 bei Nacht und Nebel plünderte und sich in Odessa mit einem Fräulein Hizzo Lambrino aus einer verarmten rumänischen Bojarenfamilie heimlich verheiratete.

Acht! Welcher Hohenzollernspröß hat denn eigentlich durch „Waffentaten“ sich die „Herzen seiner zukünftigen Untertanen“ erobert? Unseres Wissens ist selbst aus der zahlreichen Familie Wilhelms II. niemand den Heldentod gestorben, und von den sieben Söhnen hat nur einer einen Streifschuß davongetragen, weshalb betamlich während des Krieges in den Lokalanzeigern ganz Deutschlands ein Geschrei gemacht wurde, als wären die Hekatomben von Menschensopfern, die das deutsche Volk brachte, nichts gegen die Verwundung, die der eine Sohn Wilhelms davontrug.

Der Carol in Rumänien wird sich gedacht haben, daß das Beispiel seines Onkels Wilhelm für ihn maßgebend sei. Deshalb ist er damals zwar nicht nach Holland, wohl aber nach Odessa ausgerückt. (Daß er in der preussischen Garde militärisch ausgebildet war, ist wohl nur eine zufällige Begleiterscheinung.) In Odessa hat er sich mit einer „unwiderruflichen“ Dame verheiratet. Das stellt seinem

Charakter ein besseres Zeugnis aus als die Heuchelei, die sonst mit den Prinzen getrieben zu werden pflegt. Er verzichtete schon damals auf seine Thronrechte. Aber die Hohenzollern, die soviel auf die Heiligkeit der Ehe geben, zwangen Carol, die Ehe mit der Generalstochter aufzugeben. Ebenso zwangen sie ihn, eine neue Ehe mit der Tochter Helene des ehemaligen griechischen Königs einzugehen. Pflüchtlich setzte er auch einen weiteren Hohenzollernprinzen in die Welt, der jetzt — dreijährig! — zum Thronfolger ausgerufen worden ist. Wie diese „Ehe“ mit der griechischen Prinzessin ausfiel, verrät ebenfalls der monarchistische „Lokalanzeiger“:

Aber auch diese Ehe war nicht glücklich. Carol träumte weiter von seiner Bojarin und Helene von ihrem Jugendgeliebten, einem griechischen Bankier. . . .

Teufel noch einmal! Wenn man so etwas etwa in einem rumänischen Blatt lesen würde, weiß man nicht, was dem Redakteur dort passierte. Und gar nicht auszubedenken ist, was ohne Himmels-einsturz in Deutschland vor sich gegangen wäre, wenn man etwa in einem deutschen Blatt vor Wilhelms Flucht derartige Dinge über irgendeinen deutschen Thronanwärter und seine ebenbürtige Frau behauptet hätte!

Aber Rumänien ist weit. Und der dortige Hohenzoller ist katholisch. Also kann sogar der „Lokalanzeiger“ einmal offenherzig sein. Besonders da auch noch behauptet wird, Carol habe neuerdings eine Liebschaft mit einer — Südin, die er zu heiraten beabsichtigt, nachdem er endgültig von der frommen Helene geschieden sei.

Der Hohenzollernsche Carol hat mit seinen Liebesgeschichten, die, rein menschlich gesehen, ihn durchaus nicht unsympathisch machen, der ganzen Gottesgnadengesellschaft einen bösen Streich gespielt. Er hat den Unsinn der Erbmonarchie wieder einmal vor aller Augen dargestellt, so sehr auch die Monarchisten darüber weinen mögen. Carol zeigt in seiner Vorliebe für Frauen einen Weisenszug, der auch anderen Hohenzollern eigen war und ist. Wenn sie ihn als Privatleute betätigen, so wird niemand etwas dagegen einwenden wollen. Wenn sie aber als Halbgötter auf Thronen sitzen und dann in allen Schulen und in allen Lokalanzeigern des Landes als Muster von Sittlichkeit und Gattentreue hingestellt werden, dann ist das ein Verbrechen an der Volksmoral. Carol hat den Schwindel aufgedeckt. Und das ist immerhin ein Verdienst um die Menschheit!

Amerika gegen Wirtschaftskonferenzen. Wie die „New York Evening Post“ berichtet, hat der amerikanische Handelsminister Hoover erklärt, daß er gegen jede Teilnahme an Wirtschaftskonferenzen irgendwelcher Art sei. Solche Konferenzen würden nur zahllose Kompensationen mit sich bringen.

höchstens von 2 Proz. mit dem Beitragsaufkommen nicht auszukommen ist, soll der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen Darlehen nach Maßgabe der verfügbaren Mittel gewähren. Das ist natürlich eine unhaltbare Bestimmung. Das Reich hat die Pflicht, in erheblichem Umfange die Lasten für die Unterstützung der Arbeitslosen zu tragen; es darf nicht die Gesamtlast auf die Schultern der Werttätigen abwälzen und so im Grunde genommen diese für die Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Deshalb muß für die künftige Arbeitslosenversicherung gefordert werden, daß bei so katastrophaler Gestaltung des Arbeitsmarktes Reich und Länder in erheblichem Umfange zur Lasten- und Beitragsübertragung herangezogen werden.

Die gegenwärtige Regelung der Lastendeckung in der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge ist ebenfalls änderungsbedürftig. Die Beihilfen des Reichs und der Länder treten erst dann ein, wenn der notwendige Aufwand der Erwerbslosenfürsorge mit einem Beitrag von 3 Proz. des Grundlohnes nicht gedeckt werden kann. Diese Bestimmung ist bisher nicht als so drückend empfunden worden, weil eine solche Beitrags-erhebung praktisch bisher nicht in Frage gekommen ist. Jetzt ist man jedoch im ganzen Reich bereits dazu übergegangen, diesen Höchstbeitrag festzusetzen, damit die Beihilfen des Reichs und der Länder in Kraft treten können. Die Arbeiter und Angestellten empfinden diese Belastung mit Recht als zu hoch. Kennzeichnend für diese Stimmung ist der kürzlich vom Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts Preußen gefaßte einstimmige Beschluß. Es wird darin erklärt, daß eine Belastung von 3 Proz. für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine zu hohe Belastung darstellt. Der Verwaltungsausschuß vertritt einstimmig die Auffassung, daß die Last von der Allgemeinheit in größerem Umfange mitgetragen werden muß und deshalb der höchstzulässige Beitrag als Voraussetzung für die Gewährung von Reichs- und Staatsmitteln auf höchstens 2 Proz. herabzusetzen ist.

Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß angesichts des ungeheuren Heeres der zu unterstützenden Arbeitslosen die Staatsfinanzen das nicht zulassen. Wir haben einleitend gezeigt, wie bisher fast die gesamte Arbeitslosenunterstützung aus Beiträgen gedeckt worden ist. Die Herabsetzung des Höchstbetrags auf 2 Proz. brauchte nicht einmal ein finanzieller Ausfall sein. Es wäre nur notwendig, alle Beitragspflichtigen zur tatsächlichen Beitragsleistung heranzuziehen und die gewährten Befreiungen von der Beitragsentrichtung aufzuheben. Wohin die Beitragsbefreiungen geführt haben, wird am treffendsten durch die Tatsache illustriert, daß es Landkrankenversicherungen gibt, die in der Folge der Befreiungen für keinen einzigen Versicherten Beiträge abführen! Es müßte ferner für die richtige Beitragsentrichtung gesorgt werden. Vieles spricht dafür, daß hier eben so stark gemogelt wird wie bei der Invalidenversicherung, denn anders sind die Zahlen in der Denkschrift des Reichsarbeitsministers nicht zu erklären.

Wenn man die Finanzlage des Reichs nach den Denkschriften des Reichsfinanzministeriums beurteilen würde, dann wäre für die Arbeitslosen kein Geld da. Wir haben diesen Rechenkünsten aber mehr als einmal nachgewiesen, daß sie immer falsch gerechnet haben, wenn es sich um Mittel für soziale Hilfeleistungen handelte. Das „Magazin der Wirtschaft“ errechnet in seiner Nr. 46 vom 24. Dezember für das Etatsjahr 1926/27 einen Ueberschuß von drei Milliarden. Aber auch wenn das nicht der Fall wäre, sind wir der Meinung, daß soviel Geld da sein muß, um den Arbeitslosen eine ausreichende Unterstützung zu gewähren und die Lasten in viel stärkerem Umfange auf die Allgemeinheit, d. h. auf das Reich und die Länder zu übernehmen. England gebrauchte rund 1 Milliarde im letzten Jahr an Arbeitslosenunterstützung. Daran ist der Staat mit einem Drittel beteiligt. Reich und Länder müssen sich auch bei uns daran gewöhnen, nicht mit Worten, sondern mit Taten den Arbeitslosen zu helfen!

## Der Genfer Skandal.

### Widerruf der „Täglichen Rundschau“.

Im Gegenjah zu anderen Rechtsblättern, die sich noch immer an die Lüge von einer „sozialdemokratischen Liste“ in Genf klammern, gibt jetzt endlich die „Tägliche Rundschau“ zu, daß sie einer Irreführung zum Opfer gefallen ist. Sie erklärt:

Wir haben, als die Nachricht des „Tag“ uns am Helligabend vorlag, versucht, soweit es die Zeit und die besonderen Verhältnisse des Abends zuließen, uns über Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Meldung an verschiedenen Stellen zu erkundigen und nach diesen Erkundigungen unsere Darstellung gegeben, die sich als richtig erwies, mit der Einschränkung, daß die Sozialdemokraten, deren Teilnahme an den Bestrebungen vom „Tag“ und nicht von uns behauptet worden ist, sich tatsächlich der Sache ferngehalten haben.

Am 25. Dezember hatte die „Tägliche Rundschau“ die Meldung des „Tag“, von der sie jetzt abrückt, wiedergegeben und zu ihr bemerkt: „Wie wir erfahren, ist die Meldung in der Tat richtig.“ Da die „Tägliche Rundschau“ als das Blatt Stresemanns und des Auswärtigen Amtes galt, sah alle Welt in ihrer Notiz eine amtliche Bestätigung der gegen die Sozialdemokratie erhobenen Angriffe. Jetzt gibt die „Tägliche Rundschau“ zu, daß die Sozialdemokratie mit der ganzen Geschichte nichts zu tun hat.

Zugleich versichert sie, daß sie keineswegs das Blatt Stresemanns und seines Amtes sei. Es besteht Grund zu der Annahme, daß Herr Stresemann und das Amt an dieser Erklärung mehr Interesse haben als sie selbst.

Aufzuklären bleibt, von wem die „Tägliche Rundschau“ erfahren hat, daß richtig sein soll, was sich als falsch erwies hat, wer es also war, der die Sozialdemokratie in diese Sache, mit der sie eingeständenermaßen nichts zu tun hat, mit hineingezogen hat.

Zur Angelegenheit Marx gibt der Genfer Korrespondent der „Boss. Ztg.“ eine sehr interessante Erklärung, in der es heißt:

Es sind im Herbst und schon früher hier eine ganze Anzahl deutscher Herren persönlich erschienen, um ihre Bewerbungen mehr oder weniger freimütig anzubringen. Andere haben dies durch Mittelspersonen besser oder schlechter besorgt. Gerade weil sich unter den Bewerbern viele Leute befanden, die den republikanisch-demokratischen Parteien nichts weniger als sympathisch sein konnten, wurde der frühere Reichskanzler Dr. Marx von einer hiesigen, den Anschauungen des Zentrums nahestehenden Seite aufgefordert, doch seinerseits einmal die Kandidaten zu bezeichnen, die seiner Meinung nach für höhere Posten im Sekretariat in Frage kämen. Das hat Dr. Marx, wie er selbst erklärt, getan, und eine Abschrift sogar dem Auswärtigen Amte eingereicht.

Darauf wäre die Genfer Korrespondenz des Herrn Marx eine Gegenaktion gegen die Stellenjägeri rechts gerichteter Personen gewesen!

### Sonnabend Auswärtiger Ausschuß.

Der Vorsitzende Abg. Hergl hat im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt den Auswärtigen Ausschuß des Reichstags für Sonnabend dieser Woche einberufen.

## Der Kino-Kaiser.

### Pathé Fredes filmen Wilhelm II.

Die bekannte französische Filmgesellschaft Pathé führte am letzten Mittwoch der Londoner Presse ihr neuestes Erzeugnis vor. Wilhelm II. hat sich in Doorn von ihr filmen lassen.

Wenig Jahre Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung hätte wohl derjenige erhalten, der vor zehn Jahren dieses Nachspiel zum Weltkrieg prophezeit hätte!

Wilhelm II. hat leider seinen eigentlichen Beruf etwas zu spät entdeckt. Hätte er sich schon vor dem Krieg als Filmchauspieler engagieren lassen, was wäre uns alles erspart geblieben — und wieviel Geld hätte Pathé verdient!

Jetzt wird der finanzielle Ertrag gering sein. Wenigstens in Deutschland. In republikanischen Kreisen besteht an diesem Gegenstand nur noch ein mäßiges Interesse. Ob aber unsere Monarchisten besonderes Verlangen danach tragen, ihren Heidenkaiser in einem erbfeindlichen Film über die Leinwand laufen zu sehen, muß abgewartet werden.

Sic transit gloria mundi! So geht die Herrlichkeit der Welt zu Ende!

## Frankreichs Neujahrshoffnungen und Sorgen

Paris, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Ueberblicke, die von der französischen Presse dem abgelaufenen Jahre gewidmet werden, legen im allgemeinen in der Beurteilung der außenpolitischen Situation ausgesprochenen Optimismus an den Tag. Der „Matin“ feiert den Abschluß der Verträge von Locarno als das große diplomatische Ereignis des Jahres 1925, das die seit Jahren vergeblich angestrebte Lösung des Sicherheitsproblems gebracht habe. Die Folge sei nicht nur eine Entspannung in den Beziehungen der Völker untereinander, sondern vor allem auch die Schaffung einer neuen Atmosphäre gewesen, die der Liquidation der anderen noch schwebenden Streitfragen und Interessengegenstände günstig sei. Die Vorbedingung dafür sei allerdings, daß man sich nicht an den Buchstaben der abgeschlossenen Verträge halte, sondern in ihnen wirklich nur den Beginn einer neuen Ära und den Ausgangspunkt einer gemeinsamen Vereinigung der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten sehe, unter denen alle Länder Europas mehr oder weniger zu leiden hätten. Die Regierungen müßten nunmehr auch im Interesse der Solidarität und der gemeinsamen Wiederherbauarbeit den Mut aufbringen, gewisse Sonderinteressen zu opfern; denn die Erfahrungen der letzten Jahre hätten den Beweis erbracht, daß kein Land ohne die Hilfe der anderen gesund könne und kein Land auf die Dauer aus dem Chaos, unter dem die meisten europäischen Nationen noch immer litten, profitieren könne. So bedeutsam die in den nächsten Wochen zusammen tretende Konferenz zur Vorbereitung der Abrüstung sei, so werde sie alle politischen Interessen doch weit übertreffen durch die Notwendigkeit einer Wirtschaftskonferenz zur Wiederherstellung des ökonomischen Gleichgewichts. Der wahre Frieden könne nur gesichert werden, wenn man die Ursache des Krieges aus der Welt schaffe. Wenn Europa weiterhin unter der Arbeitslosigkeit leide oder von Steuern erdrückt werde, wenn die Produktions- und Absatzkräfte fortwähren, dann seien Abrüstung und Sicherheit leere Worte. Die erfreulichen Ergebnisse der beiden letzten Jahre berechtigten zu weitgehenden Hoffnungen für das neue Jahr.

Die nationalistische Presse läßt natürlich diesen Optimismus nicht gelten. Sie schildert die außenpolitischen Ereignisse des Jahres 1925 in den düstersten Farben und nennt es ein Jahr des Verzichts und der Resignation, das Frankreich endgültig um die Früchte des Sieges gebracht habe.

Ausgesprochen pessimistisch ist die Beurteilung der innerpolitischen Situation. Die finanzielle Zerrüttung hat noch immer keine Lösung gefunden, und schon die nächsten Tage drohen es darüber zum Ausbruch einer neuen politischen Krise kommen zu lassen. Die reaktionäre Presse versucht, die Politik der Linken für die außerordentlich trübe Situation verantwortlich zu machen, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das neue Jahr den endgültigen Zerfall des Kartells und die Wiederherstellung des Nationalen Blocks bringen werde. Die Kommentare der Linkspresse sind in dieser Hinsicht ungewöhnlich pessimistisch gestimmt. Das Jahr 1925 endet schlecht, schreibt der „Quotidien“ unter Hinweis auf die Fortdauer der Feindseligkeiten in Marokko und Syrien, auf „die monströse Finanznotlage des Herrn Doumer, die die Kammer niemals annehmen werde und die deshalb lediglich einen neuen unendlichen Zeitverlust bedeute, auf die machende Teuerung und die bevorstehende Ausbreitung des Giftes des Faschismus, der bis in das Elend hinein Fuß zu fassen vermocht habe und der Frankreich mit schweren Gefahren bedrohe.“ Das Blatt schließt mit einem Appell an die Parteien der Linken, die nur durch Wiederherstellung der Einheitsfront, durch den Mut zur Verantwortung und gemeinsamen Uebernahme der Regierung die Situation retten könnten.

## Letzter und erster Jahrestag auf der Bühne

Letzter Jahrestag im Staatlichen Schauspielhaus. Im vorigen Jahre gab es „Charles Lanté“, diesmal „Im weißen Röhl“ von Blumenthal und Kadelburg. Der Tag wird, das ist Tradition geworden, der anspruchsvollsten Dramatik geweiht. Silvesterstimmung. Einmal im Jahre wollen sie losgelassen sein von literarischen Beschränkungen, die hinter und die vor der Bühne. Einmal? Ach du lieber Himmel, „Charles Lanté“ ist ein ganzes Jahr auf dem Spielplan geblieben. Haben Sie, verehrte Direktion, die Absicht, auch das „Weiße Röhl“ in das ständige Repertoire einzuschmuggeln?

In diesem gemütlich gezimmerten Lustspiel werden feine Probleme aufgeworfen. Das ist so nett und wohlthuend behaglich, wenn man sich immer schon vorher denken kann, wie es ausgehen wird, daß die Köhl-Wirtin den jehden Rechtsanwalt nicht bekommt, weil doch ihr Oberkellner Volldi sie so hinreichend und herzlich liebt und daß der Lampenfabrikant Giesecke hinter das Licht geführt wird und ihm das smarte Pländchen nicht gelingt, seine Ottilie an den Sohn des Prozeßgegners zu verschachern. Und zum Schluß kriegen sie sich alle, nicht so, wie es der Geschäftsgeist will, die Ottilie den Dr. Siedler, der Artur das Märchen und der Volldi die Josepha. Auf daß die Gerechtigkeit lache und die Menschen besser werden.

Ja, wir haben uns amüsiert am Silvesterabend. Ueber den Giesecke des Jakob Tiedke haben wir gelacht, daß der Bauch wackelt, über diesen verärgerten, dumm-pfiffigen, vollgefressenen Berliner, über seine selbstbewußte Ahnungslosigkeit, über dies ewig verkniffene Gesicht, über das Uebermaß an prosaischer Nüchternheit. Und gefreut haben wir uns an dem lieben österreichischen Zehlfestler Volldi des Anton Pointner mit dem elegischen Herzen und am lispelnden Märchen der Lucie Mannheim, diesem allerliebsten dummen Ganschen, und an dem gemütlichen Taufensassa Artur des Welt Harlan. Der überüblich gültige Hinzelnann des Artur Krausnick, aus dessen Mund die zarte Poesie floß, war ein richtiger Genuß. Aber gestaunt haben wir über die übrige Besetzung der Hauptrollen. Der Ferdinand Hart sollte einen weltmännischen Rechtsanwalt geben und spielte einen Bauernhöpfer, den man in elegante Kleider gekleidet hat. Agnes Strauß war eine ständig explosionsbereite Kantippe statt einer knusprigen Köhl-Wirtin und Margarete Schön war eine Puppe mit maskenhaft leiernder Stimme. Aber Stimmung hat die Vorstellung doch gemacht, dank dem Tiedke und dem Schlußklamant mit Trompeten und Pauken und Profit Neujahr — trotz der Fehlbesetzung durch den Regisseur Jürgen Fehling.

Erster Jahrestag im Trianon-Theater. Uraufführung der Groteske „Das Gespensterhörn“ von Rudolf Lothar und Oskar Ritter. Die Tatsache, die erste Berliner Uraufführung herausgebracht zu haben, ist meiner Treu der einzige Ruhm des neuen Direktors Gustav Heppner. In seinem früheren Intimen

Theater hat er mit viel Beschick keine französische Echonnerien herausgebracht. Das Geschäft ging aber nicht mehr, seit die französischen Dramatiker anfangen, gemütlich und moralisch zu werden. Damals hat man sich an der leichten Hand und an dem funkelnden Esprit gefreut. Im „Bespenslerhörn“ kann man sich an nichts mehr ergötzen als an der Ahnungslosigkeit der Dramatiker und des Regisseurs. Aderhalb Akte brauchen die Autoren, um die Zuschauer auf die Dintessenz der Sache zu stoßen. Es handelt sich, du lieber Gott, um die Jungfernschaft dreier Mädchen, die erst fürchterliche Angst haben, sie zu verlieren und sich dann darum reihen, sie hinzugeben. Das ist alles so dick aufgetragen und so eindeutig, daß einem der Ekel über die Geschmackslosigkeit ankommt. Dazu eine Befehung, wie sie im kleinsten Provinztheater den harmlosesten Ansprüchen nicht genügen würde. Martin Kettner jübelt einen Pastor und bringt Extemporés, die nicht passen und durch ihre Unbertheit verblüffen, Gustav Heppner näsel einen blasierten Lebemann in einer Rolle, die nichts Lebemannisches an sich hat. Na Lebensschüh kopiert die Begner mit dünnem Stimmgang und himmelndem Augenaufschlag (ist aber noch die einzige diskutabile Darstellerin). Zum Schluß kriegen sich auch hier die Paare. Die Herren Lothar und Ritter haben sich Mühe gegeben, eine Schweinerei mit Iyrischem Einschlag zu fabrizieren.

Zwei Tage und zwei Schmarren. Wenn schon, dann laße ich mir das überlebte, rührende Lustspiel von Blumenthal und Kadelburg. Ernst Degner.

## Die Frau in der Türkei.

Die berühmteste türkische Dichterin Halide Edib Hanum, die an der Emanzipation der türkischen Frau einen bedeutenden Anteil genommen hat, sprach in London über die „türkische Frau von heute“ und erklärte, daß sie die Wahrheit über die neue türkische Frau verbreiten wolle, da so viele falsche Anschauungen in Umlauf seien. Man stelle sich die Türkin noch immer als eine Gestalt aus dem Märchen von Lausend und einer Nacht vor, als eine Richtstuerin, die auf weichen Kissen im Harem liegt und Süßigkeiten knabbert. Tatsächlich sei die moderne Türkin, ob verschleiert oder unverschleiert, ob in oder außer dem Harem, ganz dasselbe Wesen wie ihre westliche Schwester. Die beiden Dinge, über die die irrigen Meinungen herrschen, seien die Vielweiberei und die Abgeschlossenenheit.

Die moderne Emanzipationsbewegung reiche in der Türkei sehr viel weiter zurück als man glaube; sie habe schon 1839 begonnen, und die Frauen hätten in politischen Dingen eine größere Rolle gespielt, als der Europäer ahne. Die revolutionäre Partei von 1908 habe sich dann der Befreiung der Frau aus allen Kräften angenommen. Frauenklubs wurden gegründet, Frauenschulen eröffnet. Heutzutage gibt es in Konstantinopel kaum noch eine Frau, die nicht lesen und schreiben könne; ebenso ist es in Smirna, während die Frauen in Brusa und Angora noch zurück sind. In den Kriegen seit 1912 war der „Zivildienst“ der Frau in der Türkei so ausgebildet wie sonst wohl nirgends.

Ein Wandel in der Familiengesetzgebung erfolgte 1916; die Vielweiberei wurde zwar nicht völlig abgeschafft, aber es wurde den

Frauen die Möglichkeit gegeben, einen Heiratskontrakt zu schließen, in dem sie sich alle Rechte ausbedingen konnten. In demselben Jahr öffneten die Universitäten den Frauen ihre Pforten mit Ausnahme der juristischen und medizinischen Fakultät. Zunächst wurden sie in besonderen Räumen unterrichtet, aber jetzt besuchen sie die Vorlesungen gemeinsam mit den Männern. Auch die besonderen Abteile für Frauen in den Beförderungsmitteln und den öffentlichen Gebäuden sind aufgehoben, und Schauspielertinnen erscheinen auf der Bühne längst ohne jeden Widerspruch des Publikums. „Die türkischen Frauen kleiden sich heute ganz so wie ich“, erklärte die Vortragende, die eine elegante europäische Toilette trug. „Ich sehe keinen Unterschied zwischen den Frauen des Ostens und des Westens, ausgenommen den, daß die westlichen Frauen in der Erringung aller Rechte einen Vorsprung haben. Vielweiberei ist heute sehr selten, und wo sie noch besteht, ist sie für den Mann mehr eine Last als eine Freude.“

Das Interregnum an der Staatsoper. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat die interimistische Leitung der Staatsoper vom 1. Januar ab bis zur endgültigen Regelung der Intendantenfrage dem Generalmusikdirektor Erich Kleiber, dem leitenden Oberregisseur Prof. Herth und dem Direktor der Generalverwaltung Geheimrat Winter unter genauer Festlegung der gegenseitigen Kompetenzen übertragen.

Erstaufführungen der Woche. Mittw. Volksbühne: „Tom Leben Kugulin“. — Donnerstag, Städtische Oper: „Die Brautwahl“.

Brano-Vorträge. Theater. Mont. (5, 7), Dienst. (5, 7), Mittw. (5, 9), Donn. (5, 7), Freit. (5, 7), Sonnab. (5, 7), Sonnt. (5, 7): „Das Mirakel der Bälge“. Mont. (9), Donn. (9), Freit. (9), Sonnab. (9), Sonnt. (9): „Die Großstadt der Zukunft“. Mittw. (7): „Kunstpraktikum“. Hofoper. Mont. (6, 8), Mittw. (6), Donn. (6), Freit. (6), Sonnt. (6, 8): „Urmelt im Urwald“. Dienst. (6): „Keine Kubareise nach dem Weltkriege“. Dienst. (6): „Die neuen Entdeckungen und Funde im ägyptischen Königsgrab des Tutanch-Amon“. Freit. (8): „Reisen durch Frankreich“ (1. Teil).

Eine Gedächtnisfeier für Moritz Selmann findet am Sonntag, den 2. 12. Uhr, im Theater „Die Tribüne“ statt. Die Gedenkrede hält Dr. Arthur Woelfel. Rina Rossen, Eugen Klöpfer und Fritz Rortner lesen aus Selmanns Werken.

Die Volksbühne bereitet im Theater am Bülowplatz unter der Regie Viktor Schwannefeld die Erstaufführung der Dichtungsmelodramen „Tom Leben Kugulin“ vor. Die Titelrolle spielt Alexander Granat.

In den Vereinstagen Bühnen (Residenz-Theater, Thalia-Theater, Theater in der Kommandantenstr.) werden vom 1. Januar an sämtliche Preise bedeutend ermäßigt, so daß die Plätze sich auf 1 R. bis 8 R. stellen. Die Besetzungen in den Theatern bleiben die gleichen.

Ein mohammedanischer Kongreß in Wina. In nächster Zeit wird in Wina ein Kongreß der in Polen lebenden Mohammedaner stattfinden. Die Zahl der Befenner des Islam auf polnischem Gebiet ist keineswegs gering. Es handelt sich fast ausschließlich um Nachkommen von Lehren, die bereits vor langer Zeit sich in verschiedenen Teilen Polens niedergelassen hatten.

# Eine unruhige Silvesternacht.

457 polizeiliche Feststellungen.

Der Berliner ist weiser. Das hat er auch in der Silvesternacht bewiesen. Schon gegen 9 Uhr abends ging der wilde Trubel los, allerdings etwas zu gewaltig emporgeschlagen, um als Fröhlichkeit zu wirken. Es war wohl die stürmischste Silvesternacht, die Berlin seit Jahrzehnten erlebt hat. Trotz des sehr schlechten Wetters tobte in den Straßen und in den überfüllten Lokalen ein Leben, als ob die Hölle losgelassen sei. Mit Papierschnitzern, Raketen, Konfetti, Knallbombs und immer erneuertem Zuprosten war es allerdings leider nicht getan, es wurde auch mit Revolvern und Messern gearbeitet. Vielleicht war dieses disharmonische Silvester ein Symbol unserer verzweifeltsten wirtschaftlichen Lage. Ein Fest der Gollenscherze, nicht des Humors. Die schweren Schlägereien, die in allen Teilen Berlins, in der Nacht vom 31. zum 1. Januar, stattfanden, gaben eine Charakteristik der aufgewühlten Seele des Volkes. Einige Zahlen mögen das eindringlich beweisen. In der Silvesternacht wurden von der Polizei insgesamt 457 Sittierungen vorgenommen, 355 Personen erhielten auf den Rettungswagen Groß-Berlins bei ihren mehr oder weniger schweren Verletzungen die erste Hilfe. Siebzugmal mußte die Feuerwehr alarmiert werden, um bei großen Unfällen, Wohnungsbränden, aber auch Sturmschäden, helfend einzugreifen. 36 Männer und eine Frau wurden zum Präsidium gebracht, die Sittierung genügte nicht. Die schweren Zusammenstöße angeheizerter Personen, die oft vor den Schanklokalen mit Messern und Fäusten erbitterte Händel angingen, haben drei Todesopfer gefordert. Außerordentlich bezeichnend für die Perspektive, unter der dies Silvester der Not gefeiert wurde, ist die große Zahl der Selbstmorde. Die Selbstmordchronik verzeichnet mehrere Lebensmüde an der Schwelle des neuen Jahres. Nach den letzten Feststellungen registrierte die Silvesternacht 6 Tote mehrere Schwerverletzte und 11 Selbstmordversuche. Kein erfreulicher Anfang.

## Verbrechen und Selbstmorde.

Aus der großen Reihe der Delikte und Unfälle in der Silvesternacht seien die folgenden herausgehoben: Aus noch unbekanntem Grund gerieten gegen 10 Uhr vor dem Hause Reichberger Straße 110 mehrere junge Leute in Streit, in dessen Verlauf auch die Messer gezogen wurden. Hierbei erhielt der 26 Jahre alte Arbeiter Franz Pasche aus der Diegnitzer Straße 25 einen Stich in den Rücken, der ihn so schwer verletzte, daß er auf dem Transport in das Krankenhaus verstarb. Sein Bruder Arthur, ein junger Mensch von 21 Jahren, wurde durch mehrere Bauhütchen verletzt, konnte aber in der Wohnung verbleiben. Wer von den Streitenden zuerst zum Messer gegriffen hat, steht noch nicht fest. Ein Arbeiter Karl Koczmarek, der auch daran beteiligt war, wird als Täter bezeichnet. Er selbst konnte noch nicht verhört werden. — Mit einem Brustschuß auf dem Bürgersteig liegend aufgefunden, wurde gegen 1 Uhr der Fahrradhändler und Klempner Robert Blauel aus der Bülowstraße 59. Man brachte den Mann sofort in das Elisabeth-Krankenhaus, wo er noch vernehmungsunfähig darniederliegt. Kurze Zeit darauf riefen Hausbewohner die Polizei nach der Wohnung Blauels, aus der sie ein Stöhnen gehört hatten. Die Beamten fanden die Ehefrau des B. mit einem Schuß in der linken Brustseite blutüberströmt im Bett liegen. Die Frau B. angibt, geriet sie in der Silvesternacht mit ihrem Manne in Streit. Sie ergriff einen Revolver und feuerte auf ihn einen Schuß ab, der ihn in die Brust traf. Der Schwerverletzte schleifte sich auf die Straße, wo er bestunntlos zusammenbrach. Nachdem der Mann die Wohnung verlassen hatte, schloß die Frau auf sich selbst. Sie wurde in das Staatskrankenhaus eingeliefert. Nach allzeitlichem Genuß von Alkohol kehrte am frühen Morgen des Neujahrstages der 38 Jahre alte Schuhmacher Edward Grau in seine Wohnung in der Herberstraße zurück. Hier nahm er ein Messer und schritt sich die Kehle durch. Als man ihn aufsuchte, war er bereits tot. — In etwas angeheitertem Zustande wollte der 70 Jahre alte Schuhmacher August Strahlke aus der Vorststraße 4 mit seinem Untermieter, dem 45 Jahre alten Kaufmann Viktor Sorup, kurz vor Jahreswende seine Wohnung aufräumen. Beide hatten sich irrtümlicherweise nach dem Hause Borjstraße 3 begeben, wo sie in der Dunkelheit die Treppe hinabstürzten. Als man die Verunglückten auffand, war Strahlke an den Folgen eines Schädelbruches gestorben, während sein Begleiter nach der Rettungswache gebracht werden mußte.

Im ganzen wurden in der Nacht zum 1. Januar, wie oben mitgeteilt, 457 polizeiliche Feststellungen vorgenommen wegen Abtreibens von Feuerwerkstörfern, unbefugten Waffentragens, Zechprellerei, Nichtbefolgung von Anordnungen und Widerstandes gegen Polizeibeamte, Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Schlägereien, Körperverletzung, groben Unfalls und Trunkenheit. In das Polizeigefängnis wurden 37 Personen eingeliefert.

## Bootsunglück auf dem Müggelsee.

### Zwei Ruderer ein Opfer der „Eierfahrt“.

Auf dem Müggelsee kenterte gestern vormittag infolge des hohen Wellenganges ein Boot der Berliner Ruderergesellschaft von 1884. Die beiden Insassen, der 20 Jahre alte Student Bohmann aus Berlin-Wilmersdorf, Auguststraße 19, und der 27 Jahre alte Kaufmann Kurt Pallokat aus der Schlüterstraße 74 sind vermutlich ertrunken. Der Bootswart Willi Marquardt, der den Unfall beobachtete, konnte mangels eines Bootes keine Hilfe bringen. Er alarmierte den Wasserschutz, der auch herbeikam, dessen Bemühungen aber bisher ohne Erfolg geblieben sind.

Die alte Ruderstätte „Die Eierfahrt“, das heißt, das erste Ruderboot, das in einem Lokale im neuen Jahre anlegt, um dort vom Wirt namentlich mit frischen Eiern bewirtet zu werden, hat ihr erstes Opfer in diesem Jahre gefordert. Während man früher diese Eierfahrten erst nach der Eismelze antrat, laufen sich die bürgerlichen Rudervereine heute gegenseitig den Rang ab, um als erste ihren Namen über die Tür des Wirtes prangen zu sehen. Dieser Ehrgeiz hat den beiden Sportleuten das Leben gekostet. Der Sturm, der gestern tobte, ließ es ihnen als sicher scheinen, daß sie den ersten sein würden, wenn ihnen die Fahrt gelang. Wer den Müggelsee kennt, wird in diesem Falle den „Wagemut“ wenig zu schätzen wissen und nur den Leichtsinns verurteilen können, der zwei Familien zu Beginn des neuen Jahres in tiefste Trauer versetzt hat.

## Geflügelausstellung.

Der Neudöllner Geflügelzüchterverein veranstaltet augenblicklich in der Turnhalle Herbergplatz seine 22. Allgemeine Geflügel-Ausstellung. Ungefähr 700 Züchter aus Berlin und Umgebung haben ihre wertvollsten Tiere ausgestellt. Diese Veranstaltung ist von großem volkswirtschaftlichem Interesse. Vor allem kommt es darauf an, die Produktion zu heben. Auf dem Hof eines Geflügelzüchters darf heute kein Huhn mehr sein, das nicht mindestens 160 Eier im Jahre legt, dagegen sind Erträge von 200 Eiern keine Seltenheit. Gegenüber diesen Resultaten wirken die gemöhnlichen Ergebnisse, d. h. durchschnittlich 60 Eier im Jahr, kläglich. Da die ländliche Bevölkerung den Wert der Geflügelzucht noch immer nicht genügend erkannt hat, bleibt ihre Hebung allein den Züchtereinheiten in den Städten überlassen. Die 22. Allgemeine Geflügel-Ausstellung zeigt Tiere, die sich am besten zu einer Steigerung der Eierproduktion eignen, ein Besuch der Ausstellung, die unter dem Schutze der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin steht und die nur noch bis Sonntag, den 3. Januar, abends 7 Uhr, dauert, ist zu empfehlen.

# Steinwürfe auf Eisenbahnzüge.

Vier Täter ermittelt.

Der grobe Unfug, Eisenbahnzüge zu beschleichen oder mit Steinen zu bewerfen, nimmt kein Ende. Der Streifenkommandant I der Kriminalpolizei ist es nach tagelangen Beobachtungen gelungen, vier Unfugtäter, die an der Schwedter Brücke zwischen den Bahnhöfen Gesundbrunnen und Schönhauser Allee ihr Unwesen trieben, zu ermitteln. Die Beobachtungen ergaben, daß hier Kinder aus der Häusergruppe Kopenhagener Straße 36—40 in Betracht kommen mußten. Durch Ermittlungen wurde dann auch festgestellt, daß sich vier Schüler aus dem Hause Kopenhagener Straße 40 bei der Stelle, von der aus der Unfug verübt wurde, aufgehalten hatten, besonders auf einem eingezäunten Platz an der Schwedter Brücke. Die vier wurden zur Rede gestellt und scharf ins Gebot genommen und gaben endlich auch zu, wiederholt auf vorüberfahrende Güter- und Personenzüge mit Steinen geworfen und in einigen Fällen Scheiben zertrümmert zu haben. Die Kriminalpolizei machte nicht nur ihren Eltern, sondern auch der Schulleitung davon Mitteilung. An den beiden letzten Abenden sind wieder zwei Fälle vorgekommen. Dem Zugbegleiter Karl Brechheim wurde in dem Bremserhäuschen des vordersten Wagens eines Zuges kurz hinter der Station Bedding durch einen Steinwurf, der nur von einem erwachsenen Menschen ausgegangen sein kann, das Rasenbein zertrümmert. Von der Rasenstraße in Schöneberg her wurde ein Potsdamer Vorortzug beschossen, wahrscheinlich mit einem Tesching. Die Geschosse drangen in die Wandung eines Wagens ein, ohne sie ganz zu durchschlagen.

Die Stachlflamme aus dem Hochofen. Der bei der Firma Hüttenwerk U. Meyer, Tempelhofer, Germaniastr. 141, beschäftigte 65 Jahre alte Arbeiter Valentin Schmidt aus der Emser Straße 28 in Neudölln wurde heute vormittag das Opfer eines schweren Unfalls. Aus dem Hochofen, an dem Sch. beschäftigt ist, schlugen aus bisher noch unbekannter Ursache mehrere gewaltige Stachlflammen heraus, die den Verunglückten erfaßten. Mit schweren Brandwunden wurde Sch. in bedenklichem Zustande in das Rudower Krankenhaus überführt. Eine polizeiliche Untersuchung des Vorfalles ist eingeleitet worden.

## Das Hochwasser fällt.

Die neuesten Mitteilungen über die Hochwasserkatastrophe bestätigen allgemein die Erwartung, daß die Wassermengen fast aller aus den Alpen getretenen Flüsse langsam zu fallen beginnen. Der Rhein dürfte 3. B. mit dem am Freitagabend festgestellten Pegel von 9,80 Metern in Köln nicht nur seit 1784 den Höchststand, sondern auch für dieses Jahr die höchste Steigerung endgültig erreicht haben. Katastrophal scheinen die Auswüchse seiner Ätzen geradezu in Neumied zu sein. Von dort wird gemeldet, daß der Fluß auf einer Breite von 1,6 Kilometern in das Stadtgebiet eingedrungen ist und die Wasserhöhe in der Mitte der Stadt am Freitag morgen mit 2,38 Metern gemessen wurde. Selbst in der Stadt soll die Strömung teilweise noch am Freitagabend so stark gewesen sein, daß verschiedene Straßen nur mit Motorbooten befahren werden konnten. Ingesamt sind nach einer Meldung der Stadtverwaltung 1000 Wohnungen zerstört worden, von denen für die Zukunft wahrscheinlich ein großer Teil nicht mehr bezugsfähig sein dürfte. Das Wirtschaftsleben in Neumied ist völlig stillgelegt. Immerhin wird auch von dort berichtet, daß der Rhein in den vorgerückten Abendstunden am Freitag um einige Zentimeter gefallen ist.

Köln, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Hochwasser des Rheines, das seit der Eisgangkatastrophe von 1784 das gewaltigste Hochwasser ist, hat in der Nacht vom 1. zum 2. Januar seinen Höchststand mit 9,69 Meter am Kölner Pegel erreicht. Die Ätzen blieben auf diesem Pegelstand bis 3 Uhr morgens, um dann langsam zu fallen. Am Sonnabend vormittag wird ein ständlicher Rückgang um 1 Zentimeter festgestellt. Um 10 Uhr morgens zeigte der Pegelstand noch immer 9,63 Meter. Die Hochwasserüberflutungen in Köln haben am Neujahrstag auch die Lichterföhrung gefährdet. Der rechtsrheinische Vorort Deutz, die Kölner Hängebrücke und ein großer Teil des linksrheinischen Köln sind ohne Licht. In allen tiefergelegenen Stadtteilen sind Pumpen aufgestellt, um der eindringenden Wassermassen Herr zu werden. In Deutz und unterhalb von Köln ist mit Dammarbeiten begonnen worden, da die Gefahr eines Dammbrechens sehr groß ist. Die Kölner Stadtverwaltung hat vorläufig eine Summe von 75 000 Mark für die im Stadtbezirk wohnenden Hochwassergeschädigten zur Verfügung gestellt. Koblenz meldet ein ständliches Sinken des Rheines um 2 bis 3 Zentimeter, auch Rain, Redar, Bahn und Mosel gehen zurück. In Trier sinkt die Mosel bereits 6 Zentimeter stündlich. In einer der überschwemmten Straßen des linksrheinischen Köln explodierte am Sonnabend morgen kurz vor 8 Uhr aus unaufgeklärter Ursache ein Benzintank eines verbotenen Benzinslagers. Vier Personen wurden schwer, vier leicht verletzt.

Aus dem mitteldeutschen Hochgebiet wird ebenfalls eine allgemeine Verminderung der Wasserfluten gemeldet. Langsam gehen die Ueberflutungen in der Ebene nördlich des Harzes zurück, nachdem große Verwüstungen angerichtet worden sind. Auf der Strecke Wegeleben—Wichersleben ist 3. B. am Freitag infolge des Hochwassers die Selde-Brücke unter einem Güterzug zusammengebrochen. Personen wurden dabei glücklicherweise nicht verletzt. Auch sonst kann in dem vom Hochwasser betroffenen mitteldeutschen Gebiet der Eisenbahnverkehr noch nicht überall durchgeführt werden. Oberpräsident Genosse Höring hat sich in das Hochwassergebiet begeben, um auf Grund persönlicher Eindrücke zunächst die erforderlichen Hilfsmassnahmen zu treffen und an Hand seiner Feststellungen der preussischen Regierung Bericht zu erstatten. Auch aus dem Hochwassergebiet in Thüringen wird allgemein eine Senkung der Wassermengen von den überfluteten Flüssen gemeldet, so daß im großen und ganzen anzunehmen ist, daß in ganz Deutschland der Höchststand der Katastrophe mit dem ersten Neujahrstag erreicht war und sämtliche Flüsse jetzt langsam in ihren normalen Lauf zurückkehren.

## Schwere Explosionskatastrophe in Macao.

Dreizig Todesopfer.

Nach einer Meldung aus Peking hat sich in den Feuerwerkstätten von Macao, der portugiesischen Hafenkolonie an der chinesischen Küste, eine Explosion ereignet, deren Ursache bisher noch nicht festgestellt werden konnte. Mehrere Häuser sind in die Luft geflogen. Aus den Trümmern sind bisher 40 Tote und 50 Verletzte geborgen worden, weitere 200 Personen werden noch vermisst, man glaubt jedoch nicht, sie noch lebend bergen zu können. Die Verunglückten sind zum größten Teil chinesische Arbeiterinnen.

Zweihundertzwei Tote bei dem mexikanischen Grubenunglück. Ein Grubenunglück im Staate Coahuila in Mexiko hat bisher 42 Todesopfer gefordert.

Die schwarzen Pocken in England. In dem englischen Kohlenbezirk Durham sind, wie aus einem eigener Drahtbericht meldet, unter den Arbeitern die schwarzen Pocken ausgebrochen. 700 Personen sind bisher erkrankt, sämtliche Krankenhäuser sind überfüllt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Friedland. Die Abteilungsleiter übersehen morgen, Sonntag, den 3. Januar, dem Kreisleiter, Genossen Paul Ben. Demers, 25. 5 Proz. der Einnahmen vom Juli bis September 1925. — In die Abrechnung ferngeschickt werden muß, bitte evtl. Vertreter bestimmen zu schicken.

# Gewerkschaftsbewegung

Streiken ist verboten.

## Eine einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Lichtenberg.

Bei Ludwig Labischin, Röhrenzieherei in Lichtenberg, Herzbergstraße 50, und Hofenschanhausen, bestand bisher ein Lohnvertrag, der die Löhne auf Grund der im Röhrenhandel gültigen Löhne regelte. Der Tariflohn betrug demnach 93 Pfennig die Stunde. Im Dezember stellte der Arbeitgeber an die Arbeiter das Ansuchen, sich mit einer Lohnherabsetzung von 29 Pfennig, d. h. mit einem Lohn von 64 Pfennig die Stunde zu befrieden. Als die Arbeiter sich ablehnend verhielten, wurden sie acht Tage vor Weihnachten gefündigt.

Bei Ablauf der Kündigung wurde den Arbeitern eröffnet, daß sie wieder eingestellt werden könnten, wenn sie sich mit einem Lohn von 64 Pf. zufrieden geben. Das lehnten die Arbeiter ab und beharrten in dem ihnen vom Unternehmer aufgezwungenen Kampf.

Um die Arbeiter zu zwingen, die Arbeit zu den von ihm vorgeschriebenen Bedingungen wieder aufzunehmen, wandte sich der erfindungsreiche Unternehmer an das Amtsgericht von Lichtenberg. Hier fand er verständnisvolles Eingehen auf seine Wünsche. Das Amtsgericht Lichtenberg, Abt. IV, gez. Carl, Amtsgerichtsrat, erließ gegen den beklagten Deutschen Verkehrsband, Ortsverwaltung Berlin, eine einstweilige Verfügung, wonach der Deutsche Verkehrsband gehalten wird, die Erklärung zurückzuziehen, daß bei der Firma Ludwig Labischin ein Abwehrstreik bestehe. Zweitens wird der Verkehrsband gehalten, die Streikposten zurückzuziehen. Drittens wird ihm verboten, „wahrheitswidrig“ zu erklären, daß die beiden Betriebe mit Streik bedroht seien, und zwar unter Androhung einer Strafe von 500 Reichsmark für jeden Fall.

Man ist von unserer Justiz ja allerlei gewöhnt. Aber daß sich ein Richter findet, der einer Organisation den Abwehrkampf gegen eine Lohnherabsetzung und eine vom Unternehmer vorgenommene Aussperrung verbietet, ist immerhin eine Neuerung. Es ist überflüssig, hinzuzufügen, daß weder der Deutsche Verkehrsband noch das Personal der Firma Ludwig Labischin sich irgendwie von dieser richterlichen Entscheidung beeinflussen lassen werden. Der Kampf gegen die verjüngte Lohnkürzung geht weiter.

Im übrigen sind wir der Ansicht, daß Richter, die derartige Entscheidungen fällen, nicht auf ihrem Plage sind. Vielleicht prüft man im preussischen Justizministerium nach, ob der Amtsgerichtsrat Carl vom Amtsgericht Lichtenberg sich nicht besser für eine andere Tätigkeit eignet. Es ist einfach unerträglich, wenn jetzt Richter, wie das immer häufiger geschieht, durch einstweilige Verfügungen den Versuch machen, den Unternehmern zu Hilfe zu kommen und die Arbeiterchaft in ihrem Kampf gegen die Vereitelung wehrlos zu machen.

## Die Politik der Unternehmer-syndizi.

Auch die Unternehmerorganisationen mühten, wie die Arbeiterorganisationen, dazu übergehen, die Organisationsangelegenheiten durch besolnete Angestellte erledigen zu lassen. Während die Arbeiterorganisationen jedoch — abgesehen von den Hilfskräften — nur solche Personen mit der Verwaltung der Organisationsangelegenheiten betrauen, die aus der Arbeiterchaft hervorgegangen sind und außer der persönlichen Eignung auch die genauen Kenntnisse des Berufs besitzen, betrauen die Unternehmer mit ihrer Vertretung Leute, die weder Unternehmer sind oder waren, noch irgendwelche Kenntnisse der Berufsverhältnisse haben.

So ein Unternehmer-syndikus hat gewöhnlich irgendein Doktorat gemacht, weil es mit der Offizierskarriere nichts mehr ist. Ein Verständnis für das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter fehlt 90 von 100 unter ihnen. Sie sind auf den toten Buchstaben eingeschworen und sehen die wirtschaftlichen Fragen vom Prozeßstandpunkt des Rechtsanwalts. Es handelt sich für sie nicht um die Beilegung irgendwelcher Differenzen, sondern um die Hineinlegung eines Prozeßgegners. Nicht die Frage, wie die Unternehmer ihre Produktion steigern können, interessiert sie, sondern wie sie die Lohnforderungen der Arbeiter möglichst drücken können.

Eine besonders charakteristische Erscheinung dieser Art scheint der Dr. Feldgen zu sein, Syndikus der Berliner Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Buchhändler. Die himmelstreichende Hungergehälter der Buchhandlungsgehilfen, die eine Schande für die Buchhändler sind, sprechen an sich eine genügend laute Sprache. Die herlose, auf den Buchstaben bestehende Abweilung des Gesuches um Ausbesserung dieser Gehälter vor Ablauf des Tarifs ist noch in Erinnerung. Nun scheidt uns ein empört Buchhändler ein Rundschreiben, das besagter Feldgen im Namen des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Buchhändler, Ortsgruppe Berlin, am 28. Dezember verfaßt hat und das für die Organisation, in deren Namen es verfaßt wurde, im tiefsten Grade beschämend ist.

Es handelt sich um die Entlohnung eines Angestellten, der von dem Prokuristen als Kaufjunge tituliert wurde und vor dem Kaufmannsgericht klagte. Wir haben über den Fall im Morgenblatt vom 9. Dezember berichtet. Der Kläger wurde abgewiesen. Es kam zu einer zweiten Klage wegen Ausstellung eines Zeugnisses. Dabei mußte die beklagte Firma dem entlassenen Angestellten wahrheitsgemäß bezugen, daß gegen seine Führung nichts einzuwenden sei und seine Leistungen zufriedenstellend waren.

Für jeden normal veranlagten Menschen mußte die Angelegenheit damit erledigt sein. Nicht so für besagten Unternehmer-syndikus. Es könnte ja passieren, daß der mit Kaufjunge titulierte Entlassene Arbeit befähigt.

„Versüßter Sozialdemokrat, äh! Mitglied im JdV. äh! Kerl muß verrecken, äh!“

Wiso ditiert der Unternehmer-syndikus ein Rundschreiben von dreieinhalb Folioseiten, das an alle Mitglieder verschickt wurde. Der Name des Angestellten wird wiederholt unterstrichen angeführt. Es wird weiter auf die Berufsentlohnung im „Vorwärts“ hingewiesen, von der behauptet wird, daß sie vom JdV. veranlaßt worden sei (was übrigens nicht zutrifft). Zum Schluß des langen Elaborats, dessen Zweck ist, alle Mitglieder gegen die etwaige Einstellung des Entlassenen scharf zu machen, heißt es wörtlich, ein- und zweimal unterstrichen:

... Es ist verständlich, wenn heutzutage vorsichtige Arbeitgeber nur noch Angestellte einstellen, über deren Führung und Leistung sie sich vorher durch persönliche Nachfrage erkundigt haben.“

Wir unterlassen es, den Fall juristisch zu untersuchen, obwohl nach unserer Meinung hier der typische Fall der Berufserklärung vorliegt. Der Einzelfall an sich interessiert nur wenig. Es ist die charakteristische Art, mit der hier „Unternehmerpolitik“ getrieben wird, die hier interessiert. Wir wissen, daß unsere Unternehmer in der Verteidigung ihrer Interessen nicht gerade zimperlich sind. Aber welcher Unternehmer, wenn er selbst Organisationsleiter wäre, hätte über die fristlose Entlassung hinaus sich noch bemüht, dem materiell schwer Geschädigten jede weitere Erwerbsmöglichkeit in seinem Berufe abzuschneiden?

Es handelt sich nur um einen Menschen. Immerhin um einen Menschen. Für den Unternehmer-syndikus Dr. Feldgen handelt es sich um einen Prozeß. Deshalb wird der Angestellte mit dem Urabrief eines einwandfreien Zeugnisses in die Liste der Arbeitslosigkeitsgeldempfänger, ohne zu wissen, daß er vom Syndikus des Arbeitgeberverbandes gebrandmarkt ist. So wird in Deutschland Unternehmerpolitik gemacht!

